

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher Amt Lüchow Nr. 2246

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich Freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.
(abst. 14 Hefiger Beilage: „Die Sanitätskarte“)

Wie stellen wir uns zur „Technischen Nothilfe“?

Um allen nationalen wie internationalen Monopollen haben die Arbeiter öffentlich rechtlicher Betriebe energisch Stellung genommen gegen irgendwelche Einschränkungen ihres Koalitions- und Streikrechts. Im September 1919 ist in Amsterdam der gleiche Protest von den Vertretern einer halben Million Gemeinde- und Staatsarbeiter laut zum Ausdruck gekommen. Die vorletzte internationale Tagung in Zürich 1913 ergab noch einen ausführlichen Bescheid des Unterzeichneten Einmütigkeit in der Aufhebung aller Delegierten über das weingeschränkte Koalitionsrecht, und unter Hamburger Verbandstag 1914 wollte das Komitee über Koalitions- und Streikrecht gesondert als Massenbeschlüsse erscheinen lassen, wenn nicht der uneliche Weltkrieg dopelndenachdruckwert wäre.

Die „Technische Nothilfe“ hat laut Arbeitsplan die Aufgabe, dann einzumachen, wenn durch „politische Streiks“ lebenswichtige Betriebe lahmgelegt werden sollen. Es werden genannt: Betriebe, die zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Wasser, Elektrizität, Verkehrsmitteln usw. nötig sind. Also durchweg „gemeinnützige Betriebe“, für die unsere Organisationsorganisation zuständig ist.

Weder den organ. definieren Begriff „politische Streiks“ wird noch weiter hinten zu reden sein.

Nebenfalls sind die Richtlinien für unsere Auffassung klar gegeben und den älteren Kollegen durch Vektüre unserer Zeitung sowie der Verbandstagsreferate hinreichend geläufig.

Trotzdem erweist es im gegenwärtigen Moment erforderlich, in groben Umrissen wieder einmal die Gründe darzulegen, die uns Gemeinde- und Staatsarbeiter zu dieser Haltung bestimmen mußten.

Eine allzu rasche jahrzehntelange Erfahrung hat uns bewiesen, daß alle unsere Forderungen — und wenn sie noch so heilsam wären — ebaumngales von den küngerlichen Monopollen abgelehnt werden und, wenn die Lage des Arbeitsmarktes einen höheren Preis der „Waren Arbeitskraft“ nicht zu rechtfertigen läßt. Mit anderen Worten: die Gemeinde- und Staatsarbeiter sind nicht wesentlich über den Stand der „ortsüblichen Löhne“ hinausgekommen, solange nicht die gewerkschaftliche Organisation alle Machtmittel anwandte, die ihr zu Gebote standen.

Darum war auch der Kampf für ein freies Koalitionsrecht (wie in Siegel usw.) eine Lebensfrage für die küngerlichen Arbeiter.

Wir konnten aus der Fülle unserer unmittelbaren persönlichen Erinnerungen Bezüge von Material anführen, das die Unzulänglichkeit eines „Koalitionsrechts“ am besten, dem nicht das Streikrecht zur Seite steht.

Wie will man z. B. vom den ungeschützten Zustand erklären, den unter Verband für der Revolution im November 1918 genommen hat? Nur durch die endliche Aufhebung

der Beschränkungen des Koalitionsrechts wird das erklärlich. Unsere Gauleiter und Ortsbeauftragten haben seit Jahresfrist infolge der andauernden Tarif- und Lohnverhandlungen, Reichsräume, Verwaltungskenn- über Arbeiten (die sich verhandelt haben) Einzelarbeiten usw. kaum noch Zeit gehabt, systematische Agitationsarbeit zu leisten. Trotzdem wüchste unser Werk, und insbesondere in denjenigen Provinz- und Staatsanstalten, wo selber der direktoriale oder auch der christliche Terror Trumpf war, schwiegen jetzt die Leute, die nicht mehr mit so brutalen und denunziatorischen Mitteln arbeiten können. Ach und Weh über den „sozialdemokratischen Terrorismus“. Hatte doch jüngst der Vertreter der „Arbeit“, Abg. Hartmann, die frei erfindende Behauptung aufgestellt, daß „eine Leute“ nicht in der Berliner Straßenreinigung geduldet wurden. Ein Regierungsvertreter konnte ihn an Hand der Tatsachen leicht widerlegen, wobei wir noch nachträglich feststellen, daß der Berliner Vertreter der „Arbeit“ den „Arbeit“ kaum jemals mit voller Vertragsleistung angehört hat, daß aber andererseits die Vertäufung dieses „Arbeitsvereins“ der einer gelben Direktionsgruppe während all der Friedensjahre so ähnlich sah, wie ein Ei dem anderen.

Wenn nun in Nr. 15 des „Gewerksvereins“ die „Technische Nothilfe“ geradezu bezeichnet gerufen wird und auch das christliche Organ der Gemeindearbeiter in Nr. 23 ihr „keinen Widerstand entgegenstellt“, so gibt das unserer freien Gewerkschaft alle Veranlassung, diesem heißen Widerspruch mit erheblichem Mißtrauen gegenüberzutreten.

Wesentlich höher sind die besinnlichen Betrachtungen Professor Waldemar Zimmermanns in Nr. 7 der „Sozialen Praxis“ über die Streiks in gemeinnützigen Betrieben zu bewerten, die nicht nur mit den abgeklärteren Plätzen arbeiten, wie die beiden vorerwähnten Artikel (auf die zu antworten in einzelnen kann lohn). Aber auch die Darlegungen Zimmermanns konnten dem Kern der Frage nur gut am Schluß bei. Wir lassen diesen Teil hier folgen:

„Man hat uns die Revolution als „eine der wichtigsten Errungenschaften“ nicht nur das allgemeine Streikrecht, auch die Pläne schreiben es sich ihnen zu!“ gemacht, sondern vor allem — weil das ist, was die „Sozialen“ von 1919 verfordern — die Anwendung dieses Streikrechts unter küngerlichem Druck der Arbeiter und der angestelltenverträge und der Tarifverträge eine Prämie auf die Ertümmung, so auf der Grund der Gefährdung des Lebens. In den Monopollen des Landes der Welt beschränkt: „Sozialen in Arbeit“. Jeder Streik in heute ein Verbrechen an der Nation und ähnlich können Erklärungen, die durch Pläne des Unabhängigen Parte und durch präzis die durch Pläne des „proletarische Plänen“ be- monatlich registriert werden „dem Zustand der Produktion“, An-

beistellungen sind augenblicklich kein geeignetes Mittel des Massenkampfes" usw.), konnte man aber schon in den Äußerungen der Revolution lesen, was für Unfug die Mißbrauch des Streikrechts für Deutschland bedeutet. Und seitdem ist Deutschland infolge des langen Waffenstillstandes, des Versailler Friedensvertrages und der moralischen Zerlegung weiter Schichten in eine noch viel schlimmere Lage geraten, deren Elend bloß durch Panzernotenspapier überflapert ist. Nur durch allermenschliche Produktion und Arbeit können wir uns vor dem Vantrott retten. Jeder Streik aber unterbricht die Produktion und mindert das kümmerliche Maß von Mitteln zur Deckung des dringenden Lebensbedarfs, auch wenn der Streik erst eine Verdoppelung des Stundenlohns bringt. Die kleine Streikgruppe kann freilich vorübergehend die Portionen der anderen Gruppen weglassen, aber die Freude dauert nicht lange, weil der knappe Gesamtvorrat schließlich doch für alle reichen soll und neue Streiks anderer Gruppen dafür sorgen, daß er sich ja nicht zu rasch vermindere.

Wenn unter diesen Verhältnissen auch die „beredtigten“ Streiks schon als eine sozialwirtschaftliche Sünde in der Gesamtbewertung zu bewerten sind, so gilt dies wegen der allgemeinen faherren Störungsfolgen ganz besonders von den Streiks in den gemeinnützigen Betrieben, von deren Versorgungsleistung die Aufrechterhaltung des Arbeitsganges, ja der Arbeitsfähigkeit von Hunderttausenden abhängt. Hier setzt der kleinste Teilstreik also oft verhängnisvolle weite Strafe indirekter Produktionsstörung. Und deshalb muß für die gemeinnützigen Betriebe eine Ordnung des Streiks beziehungsweise des Einigungs- und Schlichterechts geschaffen werden, die diesem Verhängnis klar und sicher vorbeugt, wenn anders wir eine vernünftige Sozialwirtschaft überhaupt haben wollen.

An dieser klaren sozialen Ordnung des Arbeiterrechts und der Interessensvertretung in den gemeinnützigen Betrieben fehlt es uns indessen. Wir brauchen eine Sicherung der Arbeitsfähigkeit dieser Betriebe, die mit der simplen Proklamierung des unangewandten Streikrechts nicht gegeben ist. Der Sicherungserfolg der „Technischen Rethilfe“ ist ein unzulänglicher Verlegenheitsbehelf. Die Sicherung muß auf organischem Wege durch bestimmte, im Einvernehmen mit der Arbeiterkraft dieser Betriebe festgelegte Rechtsregeln und Sanktionen geschaffen werden (Sehr richtig! R.) und nicht wie bisher im Ausschluß zu den beteiligten organisierten Arbeitern, mag dieser Widerspruch auch sächlich unberechtigt sein. Die Tatsache des Widerpruchs laßt den Boden zu bösen Meinungen, die dann leicht zur Verschärfung der Lage beitragen. Die Arbeiter setzen bei dem wählend die Gewißheit, daß bei öffentlicher Montur ihrer Arbeitsbedingungen ihre Interessen nicht wie früher etwa im Eisenbahnbetriebe zu kurz kommen, darum kann sie sehr wohl über eine paritätische Regelung ihrer Interessensvertretungen in gemeinnützigen Betrieben an Stelle des plumpen Streikrechts lebendiger Streikpolitik mit sich reden lassen. Dann erst wird die drohende Gefahr, die das Eingreifen der „Technischen Rethilfe“ mit jedem neuen Auftreten erregen wird, und die durch den Streik, ob ein politischer oder ein wirtschaftlicher Streik vorliegt, noch genährt werden muß, erlegt werden durch einen geordneten Zustand rechtlicher Arbeit, der ebenso sehr den Interessen der betriebligen Arbeitergruppe wie den Konsumenten der gemeinen Wohlfahrt dienlich ist.

Wir verkennen keineswegs die berechtigte Basis dieser Forderungen. Miß und klar ausgedrückt heißt sie: „Die Allgemeinheit darf nicht unter irgend welchen Maßnahmen der einzelnen leiden!“ Mit anderen Worten, es darf mindestens nicht dauernd im Belieben der einzelnen örtlichen Gruppe stehen, ob und wann die unbedingt benötigten Gemeinde- und Staatsbetriebe stillgelegt werden. Ebensovienig darf sich eine besonders unentbehrliche Arbeitsgruppe herausnehmen, alle in zu entscheiden, wann und wie sie das Streikrecht laßt.

Zunächstmalige Generalstreiks mit wirtschaftlichen Forderungen als Söder und politisch-wirtschaftlicher Wirtms als Folge, hatten wir nach wie vor für ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, das durch die Novemberrevolution nicht entschuldet worden ist. Diese Wirtms haben unter stollegen Wirtms abgelehnt, so erst jüngst die Gasarbeiter in Berlin, denen man mit dem neuen „Betriebsgewerkschaft“ kam. Die einzelnen gewer-

kschaften Erfahrungen in Genf haben uns die Ohnmacht und Unvernunft dieser „syndikalistischen“ Methode vorkünftig kennengelernt. Wir bedanken uns als marxistisch geschulte Arbeiter vor solchen Mißfall in den Fußschiemus. Indessen, hier liegen die Probleme ein: Aus der Zeit des Übergangs vom verurteilenden Krieg zum lebenspendenden Frieden sind in allen Gesellschaftsschichten noch immer Jahntatende nicht heraus. Ihre Binde hat unter der all-Moral niedertampelnden Rudendorff und Hindenburgpolitik so schwer gelitten, daß eine Art bestimmungslose „Kaputt-maaserei“ und „Verelendungstheorie“ bei vielen gewerkschaftlich ungeschulten Arbeitern eingetreten war, während sie bei regierenden Bureaukraten, Unternehmern, Beamten und Direktoren zur regelrechten „Zabotage“ in Produktion und Disposition geführt hat. Das Bürgertum und der Bauernmann endlich haben sich „kritisch“ wie „jüdisch“ fromm in die Hände geschlagen, um die Massen durch Wucherpreise auf unerbörteste auszufragen. Daß dann die Arbeiter in ihrer Notwehr wieder Lohnforderungen stellen mußten, die Unternehmer aber (häufig ganz gern!) aller Verständigung aus dem Wege liefen, und der unglückselige Kreislauf damit geschlossen war, ist eine betrübliche Tatsache, der man nicht leikontant mit Mundspitzen hier muß gewiffen werden.

Wir haben guten Grund zu der Annahme, daß nach den Lehren des Berliner Metallarbeiterstreiks die Arbeiter zu ihrer früheren seelischen Verfassung und damit zu ihren gewerkschaftlichen Grundtugenden zurückkehren.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter — die wichtigste Gruppe, gegen die sich die „Technische Rethilfe“ richtet — sind bisher kaum von diesen grundtuglichen Auffassungen abgewichen! Sie haben sich bereits mit dem Deutschen Städtetag als Vertretung der Stadtverwaltungen zu einem Zentralanschluß konstituiert. Mehrere hundert Tarifverträge auf Grund gemeinschaftlich schärfster Richtlinien liegen vor für ganze Bezirke, Provinzen und Stadtgebiete. Ein Reichstarif ist in Vorbereitung, und es hängt vorwiegend vom Willen der Stadtvertretungen ab, jeitliche Gefahren sogenannter „politischer Streiks“ abzuwenden.

Wenn bei Nicht bestehen, ist auch vom Standpunkt der freien Gewerkschaften der „politische Streik“ nur dann anzuwenden, wenn alle anderen Abwehrmittel gegen die freien Wenderechte der Arbeiter versagen. Verhandlung, Verständigung, genaue Formulierung der Forderungen usw. sind gewerkschaftliche Grundtugenden, die wohl in diesen trübsal-schweren Wodden der Uneinigkeit des Proletariats und auf der weiter oben gekennzeichneten volksp-sychologischen Basis verfallen werden konnten, die aber nicht dauernd fehlen werden und — wenn wir recht prophezeien — in der jetzigen Zustand hierin eine vorübergehende Erscheinung. Leider läßt sich das nicht mit gleicher Zubericht von der Zabotage der Produktion und Verwaltung, noch von der heillosen Wucher-wirtschaft sagen, in die fast der gesamte Handel und unser so „bonettes“ Bürgertum verfallen ist. Hier fehlt uns ein erderner Beien und ein — harknerziger Mann! (Wohlwollend wäre Koste hierin der Miltige. Er könnte seine arg demütterliegende Voltstimmlichkeit damit schnell wieder gewinnen!)

Wir sind in vorliegendem einzelnen „Symptomen“ nachgegangen und kommen damit ganz von selbst zu dem Schluß, den sich unsere Einände an die Reichsregierung vom 21. September 1919 zum Ausdruck bringt, und auf deren Verantwortung wir mehrwürdigerweise noch immer verachtlid warten: Eindeutige Bestimmungen für das Koalitions- und Streikrecht können nur im Einvernehmen und nach Verständigung mit den beteiligten Gewerkschaften geschehen. Diese Verständigung ist leider gar nicht ein-verstanden worden. Darum protestieren wir gegen die Entscheidung der „Technischen Rethilfe“ — Ernst Litzner.

Unser Mitgliederstand am 1. November 1919.

Eine Viertelmillion Mitglieder überschritten.

Ein Jahr ist seit dem Tage verstrichen, wo Deutschland durch die Revolution Republik wurde, wo der Freiheit, dem unangefochtenen Wahlrecht die Fesseln genommen wurden. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation ein ganz gewaltiger gewesen. Angehörige Arbeiter müssen jähren den Gewerkschaften, namentlich den freien Gewerkschaften, zu. Auch unser Verband kann nach Ablauf des Jahresjahres außerordentlichen Zuwachs haben. Auf Grund seiner Mitgliederliste steht er in der Höhe der Gewerkschaften. Am 1. November 1918 zählte unser Verband 49.841 Mitglieder, ein Jahr später, am 1. November 1919, mußten wir die folgende Zahl von 251.316 Mitgliedern, das ist eine Zunahme von 211.565 oder fünfmaliger Anzahl.

Es ist die entgegengesetzte Seite ist unsere Organisation vorzugehen, das zeigt die Zahl unserer Präzedenzen. Am 1. November 1918 zählten wir 211 Präzedenzen; ein Jahr später, 1. November 1919, ist die Zahl auf 541 gestiegen, das ist ein Zuwachs von 327 Präzedenzen.

Der vierteljährliche Monatsbericht erscheint gegenüber den vorhergehenden Monatsberichten in etwas beträchtlichem Umfang. Die sogenannte „Arbeitslosigkeit“, die überhöchste Tabelle der Arbeitslosigkeit, ist in der Tabelle gekommen.

Verdient haben von den 541 Präzedenzen 450. Es haben also 91 Präzedenzen verloren, die ihnen zugehörte Verdienstleistung ordnungsgemäß zu erledigen. Eine Entlassungsdarstellung dafür gibt es nicht! Bei den 91 Präzedenzen, welche nicht vorhanden waren (Abnahme war erfolgt), sind die einen von bekannten Personen eingeschrieben worden. Gegenüber dem Vormonat ist eine Zunahme von 6.07 Mitgliedern zu verzeichnen. Wir hatten am 1. Oktober 1917, am 1. November 1918 49.841 mündliche Mitglieder, also 49.841 Mitglieder, am 1. November 1919 zählten wir am 1. Oktober 50.676 und am 1. November 51.191, das ergibt eine Zunahme von 618 mündlichen Mitgliedern. Die Gasse Berlin und Dresden weisen die höchsten Zunahmestellen auf. Verhältnismäßig betrachten sich in der Zunahme der Gasse Dresden mit einer Zunahme von 821 Mitgliedern an der Spitze. Die Gasse Dresden, Tübingen und Chemnitz weisen Abnahmestellen auf; die beiden letzteren allerdings nur geringe.

Die Zahl der Arbeitslosen beträgt in diesem Monat 1101, und zwar 666 männliche und 435 weibliche Mitglieder. Damit ist die hohe Arbeitslosigkeit des Monats Juli wieder erreicht. Im Vormonat betrug die Zahl der von uns gezählten Arbeitslosen 611, die Zunahme unserer arbeitslosen Kollegen beträgt 293; davon 666 männliche und 435 weibliche. Die Arbeitslosigkeit der Gewerkschaft unseres Wirtschaftslebens, hat folgende Richtung genommen. Eine wenig erfreuliche Erscheinung in der gegenwärtigen Zeit. Ein Jahr lang sind die Arbeitslosen in der gegenwärtigen Zeit. Ein Jahr lang sind die Arbeitslosen in der gegenwärtigen Zeit.

Nr.	Gau	Zahl der Mitglieder		Zunahme	Zahl der Arbeitslosen		
		am 1. Oktober	am 1. November				
1	Berlin	40001	29255	11508	40851	850	364
2	Brandenburg	9810	7065	2814	9879	30	23
3	Bremen	6228	5826	548	6384	156	7
4	Breslau	13171	8959	5033	13992	821	106
5	Danzig	4376	3435	961	4396	20	104
6	Dresden	9530	7692	1637	9329	201	140
7	Hildesheim	20085	16833	3244	20677	8	28
8	Köln	5873	3158	701	3862	13	2
9	Köln	20152	17021	3797	20818	666	87
10	Hamburg	22092	18436	4328	22764	672	29
11	Hannover	12732	10363	2919	13082	350	36
12	Münster	6444	5987	873	6862	418	—
13	Münster	6589	6130	1634	6761	184	4
14	Köln	14292	11453	3188	14611	439	44
15	Münster	7914	6295	1849	8111	230	12
16	Münster	6713	5810	1057	6867	15	4
17	Münster	7747	6869	1150	8019	312	18
18	Münster	18665	14841	4250	19091	486	47
19	Münster	8286	7050	1279	8329	43	68
20	Münster	4281	3165	966	4371	99	—
21	Münster	5316	4899	618	5547	201	4
22	Einzelmitglieder	237	160	77	237	—	27
* Rundsumme		248439	199752	54594	254346	6129	1104

Der Lebensstandard einer deutschen Arbeiterfamilie.

Das Verhältnis zwischen Einkommen und der dafür erhaltbaren Waren usw. zum notwendigen Lebensunterhalt, also die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, sich ausreichend zu ernähren und zu kleiden, ausreichend zu wohnen usw., wurde in der Vorkriegszeit fast allgemein als Ausgangspunkt aller Forderungen genommen. Je niedriger die Lebenshaltung, desto höher war die moralische Bewertung einer Lebensbewegung und dementsprechend leichter der Erfolg. Zur Feststellung des Lebensstandards trugen die Arbeiter selbst viel bei durch genaue Aufstellung ihrer Haushaltsbudgets. Solche Haushaltsbudgets setzen uns heute. Selbst die viel besprochenen „Monatlichen Haushaltsbudgets“ von Calwer geben kein einwandfreies Bild, weil dort eine Reihe Lebensmittel aufgeführt sind, die rationell nicht erforderlich sind und insbesondere der Arbeiter noch nebenher Lebensmittelwaren zu beschaffen hat u. muß. Die hier erhaltbaren Waren und deren Preise werden natürlich in Calwer nicht erzielt.

Die britischen Untersuchungsbehörden haben nun den Magistrat von Solingen aufgefordert, den Lebensstandard festzustellen. Das städtische Lebensmittelamt hat unter Einwirkung von 7 Gewerkschaftsbeamten und 3 Hausfrauen das Existenzminimum für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im Solinger Durchschnitt festgelegt und die Kommission ist dabei einstimmig zu folgender Zusammenstellung der lebensnotwendigen Haushaltsgegenstände einer vierköpfigen Familie gekommen:

a) Notwendigste Lebensmittel:		
5 Pfund Brot, 20 Pfund je 11 Pf.	8,20 RM	
7 Pfund Kartoffeln, 25 Pfund je 11 Pf.	3,92	
125 Gramm Reis, 1 Pfund 600 Pf.	6,--	
50 Gramm Zichorien, 200 Gr. 400 Pf.	1,60	
125 Gramm Speck, 1 Pfund 1100 Pf.	14,--	
250 Gramm Weizenkleie, 2 Pf. je 100 Pf.	8,--	
50 Gramm Margarine, 200 Gr. 550 Pf.	2,20	
100 Gramm Anis, 400 Gr. 1500 Pf.	12,--	
250 Gramm Marmelade, 1000 Gr. 180 Pf.	3,60	
150 Gramm Zucker, 600 Gramm 65 Pf.	0,78	
250 Gramm Mehl, 1000 Gramm 210 Pf.	4,20	
125 Gramm Rahmentopfen, 500 Gr. 80 Pf.	0,80	66,30 RM

b) Freie Lebensmittel:		
1/2 Liter Gel.	8,75 RM	
1/2 Pfund Kaffee	7,--	
1 Pfund Kakao	2,--	
Milch	10,--	
1/2 Pfund Mehl, 1000 Gr. je Pfund 400 Pf.	8,--	
Häufchen, 1000 Gr. je Pfund 350 Pf.	7,--	
Gewürz, Zwiebel, Obst, Roggen	4,--	
Gewürz	10,--	
2 Stück Eier	4,--	
2 1/2 Pfund Reis	7,50	
1 Grad Heilige	8,60	
Cost zum Kochen	6,--	77,55 RM

c) Verschiedene Ausgaben:		
Seife und Seifenpulver	6,-- RM	
Putzmittel, Zahnbürste, Seifenpulver	1,50	
Schubler, Putzlappen, Wäsche, Feuerzange	3,--	
Mahlen, 0,8 Reiter je 6,-- RM	6,20	
Stroh und Bedeckung	6,--	
Wasser	10,--	
Wohnraumunterhaltung	5,--	
Zinsen	5,--	
Beheizung und Gasheizkosten	5,--	
Mietung, Zahne, Ausgaben dazu	40,--	
Gras an Haus und Hundehof	3,--	
Gewürzmittel, Weinungen, Querc usw.	11,15	100,85 RM

Zusammen: 241,-- RM.
Diese Aufstellung kommt vom 1. November 1919. Nach ihr sind für die vierköpfige Normalfamilie lebensnotwendig 216 RM, also monatlich 19,00, jedoch 12,10 RM erforderlich. Dabei ist zweifellos noch manches in der Aufstellung sehr niedrig angesetzt, wie z. B. Mehl, Wasser und Zinsen. Außerdem ist auch nur eine Normalfamilie in der Höhe festgesetzt, während die deutsche Familie von vier Köpfen zu vier Köpfen herabgezogen werden ist. Diese Aufstellung ist von unbestätigtem Wert für die wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter, soweit man eine engerer Annäherung an einseitige Friedensverhältnisse dabei im Auge hat. Volle

wirtschaftlich ist natürlich die Einschränkung zu machen, daß kurzzeit durch den ungeliebten Krieg, den furchtbaren Versailles Friedenvertrag usw. die Vorbedingungen für viele Anforderungen gewaltig erschwert sind. Immerhin sollte das Solinger Beispiel in anderen Gemeinden Nachahmung finden. Allüberall müßte festgestellt werden, wie der Arbeiter lebt, um seine soziale Lage beurteilen zu können.

G. Kerner.

Die Gewerkschafts-Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1918.

I.

Dem Bericht des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht in Nr. 45 des „Korrespondenzblattes“, entnehmen wir das Folgende:

Der Generalkonvention waren 1918 ohne die Verbände der Gewerkschaften und Landarbeiter, die bisher als Gewerkschaften nicht angesehen wurden, 48 Verbände angeschlossen. Der Verband der Deutschen Eisenbahner erschien in der Statistik zum erstenmal, obgleich er bereits seit 1916 der Generalkonvention angeschlossen ist. Die 48 Verbände hatten zusammen 10611 Zweigvereine. Die Statistik von 1917 verzeichnete 9090. Mit Einschluß der Zweigvereine des neu hinzugekommenen Eisenbahnerverbandes hat sich die Zahl der Zweigvereine seit 1917 um 735 vermehrt. Obgleich am Jahresanfang 1918 Hunderttausende von Mitgliedern sich bei ihren Verbänden noch nicht vom Vereinsdienst zurückgemeldet hatten, wurde von den der Generalkonvention angeschlossenem Zentralverbänden der höchste Stand der Mitglieder der Vorkriegszeit erreicht überschritten. Außerdem während des Krieges, bis zum vierten Quartal 1916 die Mitgliederzahl mit 931884 auf den höchsten Stand gestiegen war, machte sich mit dem Beginn des Jahres 1917 eine Abwärtsbewegung bemerkbar, die nun ununterbrochen anhält. Die nachfolgende Aufstellung gibt ein anschauliches Bild von der Mitgliederbewegung bei den Zentralverbänden.

Die Mitgliederzahl betrug:

am Schluß des	1914		1915		1916		1917		1918	
	absolut	pro Kopf	absolut	pro Kopf	absolut	pro Kopf	absolut	pro Kopf	absolut	pro Kopf
1. Quartals ..	2478 081	217 764	1815 016	177 657	962 408	1 3 428	965 026	222 045	1 394 640	61 664
2. „ ..	2482 046	211 017	1 173 078	172 901	965 800	177 493	1 076 711	257 578	1 308 698	85 407
3. „ ..	1 677 404	197 427	1 079 838	170 448	947 544	185 496	1 180 997	299 468	1 453 877	875 223
4. „ ..	1 485 128	185 833	982 658	169 907	934 834	197 608	1 261 661	8 0 063	2 588 058	657 002

Den höchsten Stand an Mitgliedern hatten die Zentralverbände am Schluß des 2. Quartals 1918, und zwar mit 2 578 058. Am Ende des 3. Quartals zählten sie 2 588 058, es wurde mit dieser Zahl der Höchststand um 28141 überschritten. Am Schluß des Jahres 1917 betrug die Mitgliederzahl 1 221 061. Es ist demnach gegenüber dem Ende der Kriegszeit eine Vermehrung von 1 367 000 Mitgliedern = 128 Proz. eingetreten. Nach den von den Verbänden während des Krieges veröffentlichten statistischen Berichten über die Zahl der Mitglieder, der Einzugszahlen und der Abstrichzahlen waren am Schluß des 4. Quartals 1918 1 600 000 Mitglieder als noch nicht vom Vereinsdienst zurückgemeldet angegeben, während die Statistik für das 2. Quartal die Höchstzahl der Einzugszahlen mit 1 412 000 berechnete. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 370 000 am Ende des Jahres 1917 auf 677 000 am Jahresanfang 1918 gestiegen, sie vermehrte sich um 207 000 = 55 Proz. Dieser Zuwachs steht hinter dem der allgemeinen Bevölkerung zurück, während im Verhältnis das männliche Verhältnis zu verzeichnen war. Diese Tatsache erklärt sich ohne weiteres durch die Abstrich der männlichen Mitglieder nach dem einseitigen Waffenstillstand und ihrer Wiederanmeldung bei den Verbänden.

Nach den Personalverhältnissen stellt die Mitgliederentwicklung gegen das Vorjahr nicht so hart ins Gesicht als beim Vergleich der Jahresabstrichzahlen. Es ergibt sich dies aus der ersten 4. Quartal enthaltenen statistischen Zusammenfassung. Das Jahresabstrichverhältnis der Zentralverbände im Jahre 1918 1 235 188, 1917: 822 900 männliche, 413 125 (262 787) weibliche, zusammen 1 645 813 (1 066 566) Mitglieder. Gegen 1917 ist eine Vermehrung von 422 279 männlichen Mitgliedern = 48,3 Proz. und von 150 000 weiblichen Mitgliedern = 37,2 Proz. erfolgt. Der Gesamtzuwachs beträgt demnach 572 279 Mitglieder = 50,4 Proz. Hier überwiegt der prozentuale Vermehrungsanteil der weiblichen Mitglieder den der männlichen.

Die Entwicklung der Finanzverhältnisse der Zentralverbände im Vorjahre kann als erfreulich bezeichnet werden. Die Einnahmen

haben sich gegen das Vorjahr um 20 361 504 RM. vermehrt, die Ausgaben um 12 948 845 RM. Der Vermögensbestand erhöhte sich um 10 068 897 RM. Es betrug die Gesamteinnahme aller Verbände 50 550 912 (1917: 30 189 398) RM., die Gesamtausgabe 41 482 076 (28 511 831) RM. und der Vermögensbestand 89 770 316 (70 717 419) RM. Hierbei fehlt der Vermögensbestand des Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 darüber keine Angaben mehr macht. Pro Kopf der Mitglieder berechnet, betrug die Einnahme 86,13 (85,77) Mark, die Ausgabe 25,10 (26,02) RM. und der Vermögensbestand 68,71 (61,56) RM. Die im Jahre 1918 auf jedes Mitglied entfallende Durchschnittseinnahme wird durch die gegen Ende des Jahres eingetretene hohe Mitgliederzunahme wesentlich herabgedrückt. Der Vermögensanteil ist berechnet unter Ausschaltung der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes. Die vermehrte Gesamteinnahme ist im wesentlichen auf die stark gestiegene Beiträgeinnahme zurückzuführen, die nicht allein in Verbindung mit der verstärkten Mitgliederzahl steht, sondern auch als eine Folge des Beitragsrückganges angesehen werden kann. Die Einnahmen an Beiträgen während der Kriegszeit:

Jahr	Mitgliederzahl	Einnahme absolut	Einnahme pro Kopf
1913	2 518 763	76 040 410 RM.	29,83 RM.
1914	2 052 377	63 497 006	30,94
1915	1 146 359	86 262 287	80,76
1916	865 887	29 429 990	80,70
1917	1 005 596	84 226 018	81,24
1918	1 648 313	52 846 117	82,98

Die Ausgaben waren von 1914 bis 1917 entsprechend den vermehrten Einnahmen ständig gestiegen. Mit dem Jahre 1918 ist nun wieder eine erhebliche Erleichterung eingetreten. Das Zurückfallen der Seereschiffe nach eingetretener Waffenstillstand, die damit in Verbindung stehende plötzlich eingetretene unabweisbare Arbeitslosigkeit stellte die Gewerkschaften vor große finanzielle Anforderungen, deren volle Ausfüllung erst die Jahresstatistik für 1919 erkennen lassen wird. Es wurde 1918 veranschlagt: für Unter-

stützungsmittel (ohne Erwerbsunterstützung) 16 218 150 (1917: 10 785 162) RM. oder pro Kopf 9,81 RM., Verbandsergänzung und für Familienunterstützung 3 270 000 (1 880 119) RM. oder pro Kopf 1,98 RM. für Pensionen, Trauerrenten, Beiträge usw. 7 491 556 (6 990 257) RM. oder pro Kopf 4,51 RM. Die Gesamtausgaben der Dienstleistungswirtschaften, persönl. und familiär, betragen sich auf 3 022 54 (1 880 400) RM. oder pro Kopf auf 1,84 RM. und die der Familienunterstützung auf 11 078 897 (8 010 516) RM. oder pro Kopf auf 6,69 RM. Der Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ergibt bei allen Vorkriegsleistungen eine erhebliche Vermehrung aller Ausgaben und der Steigerung der persönl. und familiär. Ausgaben an Gehältern usw. Die persönl. und familiär. Ausgaben sind von 1 000 769 RM. im Vorjahre auf 2 077 200 RM. im Berichtsjahre gestiegen. Die Ausgabe für Unterstützungsmittel ist gegen das Vorjahr um 5 478 000 RM. gestiegen. Der Gesamtanteil dieser höheren Ausgaben entfällt auf die Familien- und Erwerbsunterstützung. An Erwerbsunterstützung wurden 2 582 040 RM. oder pro Kopf des gesamten Mitgliedsbestandes 1,57 RM. veranschlagt. 1917 betrug die Aufwendung dafür nur 719 000 RM. oder pro Kopf 0,63 RM., das ist eine Steigerung von 1 863 040 RM. oder 0,94 RM. pro Kopf. Auch die Ausgaben für die Erwerbsunterstützung sind erheblich zugenommen. Sie betragen 1918 5 888 225 RM. oder pro Kopf 3,58 RM., gegen 4 811 575 RM. oder pro Kopf 4,42 RM. im Jahre 1917. Es wurde weiterhin an Unterstützungsmitteln für Familienunterstützung 25 200 (22 125) RM., Familienlohn 117 006 (111 316) RM., Ausgabenerleichterung 517 500 (520 252) RM., Beiträge in Sterbefällen 2 006 100 (1 496 028) RM., Metallarbeiterleistung 808 257 (267 277) RM., Unterhaltung an Familien des Kriegsvaterbesitzern 1 645 893 (2 656 712) RM., Lebensversicherungen und Entsch. 472 100 (325 274) RM. Die Ausgaben des Reichsverbandes betragen 100 000 (106 420) RM. und für Unterhaltungsmittel Gewerkschaften wurden 20 767 (17 729) RM. aufgewendet. Die Ausgabe für Invalidenunterstützung verminderte sich gegen 1917 um 9743 RM. und die Familienunter-

staltung um 1010 818 RM. Der beträchtliche Rückgang dieser Unter...

Die Angaben der Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter...

Von den Verbandsorganen erschienen 1918 32 wöchentlich...

(Schluß folgt.)

Die wirtschaftliche Lage der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Osten Deutschlands.

Ein Jahr ist vergangen seit der Zeit, da die deutschen Arbeiter...

Alle Einkommenssteigerungen dieser Volksschicht sind nur ein...

Im Gaswerk.

Der chronische Mangel an Kohlen beweist uns tagtäglich, wie...

Die schwarzen Diamanten waren vor tausenden von Jahren...

schlechter daran als in den ersten Kriegsjahren. Eine kurze Zeit...

Wie soll das enden? Seit dem letzten Oktober ist im Osten...

Nun sind in letzter Zeit Kündigungen und sogar Entlassungen...

In der bisherigen Weise kann es auf keinen Fall weitergehen...

Gaswerk zugeführt. Das von uns beschäftigte Werk hat größeren...

Wie von einer unsichtbaren Riesenfaust geleitet, so schiebt sich...

1 1/2 Proz. vorrücken lasse. Tiefbauamt und Vertriebswerke...

Chalalarbeiter

Demnach. Die gut bezahlte Beschäftigung des letzten...

Am Sonntag des 1. März d. d. wird der Abfall der Arbeit...

ein gezeichnet, dreieckigen, scharfen Trichter in drei...

CardaraBevölker

Wegen. In Folge der Einwirkung des Kardats und des...

Was unserer Bewegung

Berlin. In der am 11. November abgehaltenen Generalversammlung...

ein. Um die Herstellung herzustellen, wird feiner Tonmüll...

zu entlassen werden. Die noch vorliegenden Anträge aus den Reihen der Mitglieder sollen, wenn brauchbar, in dem Monatsarif erfindungsmäßig finden. In diesem Sinne wurde der Entwurf als letzter Ausdrucks gegeben. Da der Verbandstag die Vorschläge, nach 4 Lohnklassen abgestuft, auf 90, 75, 60 und 45 Pf. festgelegt hat, beantragte die Ortsverwaltung, die Lohnsätze dementsprechend zu erhöhen, so daß der gesamte Wochenlohn in der ersten Klasse 120 Mk., in der zweiten 110 Mk., in der dritten 75 Pf., beträgt, während in der vierten Klasse keine Änderung eintritt. Die Versammlung änderte den Vorschlag dahin ab, daß Frauen mit einem Wochenlohn über 50 Mk. einen Beitrag von 10 Pf. und alle, die unter 50 Pf. verdienen, 75 Pf. Beitrag zu zahlen haben. Diese Sätze sind nunmehr maßgebend ab 1. 1. 1920.

Wetzlar. Die Lohnverhältnisse der hiesigen Arbeiter sind hier zu niedriger. Die Mehrzahl der Arbeiter verdient unter 12 Mk. übermäßige Leute (Straßenreinger) werden noch mit 7 Mk. Lohn bezahlt. Bei den Arbeiterinnen beträgt der Stundenlohn 55 Pf. malistationsarbeiter verdienen 10 Mk. und bekommen weder Feder noch sonstige Schenkung. Für Sonntagsarbeiten und verstanden sowie für stumme Arbeit wird überhaupt kein Zusatz bezahlt. Kollege Erlapp-Eben zeigte den hiesigen Arbeitern den Weg, wie man seine Lage verbessern kann. In allen unterliegenden Orten verdienen die hiesigen Arbeiter fast den doppelten Lohn. Allerdings sind sie auch geschlossen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert. Sämtliche Vermittlungen treten unserer Verbände bei. Zum Vorliegenden der Aktion wurde Kollege Pfeiffer gewählt, als Schriftführer der Aktion. Ein Tarifvertrag, welcher die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen regeln soll, wird der Gemeindevertretung vorgelegt und auf dessen Schicksal sich hoffentlich hingewirkt werden. Notwendig aber ist es, daß die noch verbleibenden gleichfalls ungeklärt den Eintritt in den Verband suchen.

Göppingen. In der Versammlung am 14. November ließ Kollege Ulmer einen Vortrag über Grundgedanken des Sozialismus und die Entwicklung der Gewerkschaften. Einige Kollegen haben die Versammlung für überflüssig an. Sie konnten aber nach Beendigung noch gewerkschaftlich geduldet ältere Kollegen bei den Versammlungen ihren Anhang finden. Der Vorstand hatte in zwei Sitzungen beschlossen, unterem am Streit beteiligten Kollegen Entschuldigungsverfahren und Sammellisten herauszugeben. Die Versammlung mußte dem zu. Bis jetzt hat jeder Kollege 50 Mk. Entschuldigungsverfahren erhalten. Eine Resolution der Aktion Adlerhof, an den Vorstand gerichtet, die verlangt, daß den am Metallarbeiterzeit beteiligten Kollegen 75 Mk. Streikunterstützung wöchentlich zahlt wird, ist unter Hinweis auf das Statut ablehnend beantwortet worden. Unsere Generalversammlung in Dezember wird ebenfalls unter anderem mit der Welt der Gesamtverwaltung beschäftigt, so ersucht der Vorsitzende um rege Beteiligung.

Darmstadt. Die Monatsversammlung am 10. November war mit über 200 Mitgliedern besucht. Kollege Wedel gab bekannt, daß er infolge Ausschusses des Ortsamtes vom Vorstand die Mitgliedschaft übertragen erhielt und gab Bericht vom 3. Viertel an 1919. Er erwähnte, daß in diesem Quartal die Verhandlungen zurückgingen, und bedauert, daß einzelne Gruppen, wie die Fabrikarbeiter, Kreisbauern, Hilfsarbeiter u. a. infolge Verweigerung ihrer Lohnansprüche nun mit Verlusten rechnen. In dieser Zeit wird eine Kontrolle der Mitgliedsbücher stattfinden, wenn Kollege Dummel einen Vortrag über: „Die Zukunft“. An Stelle des als Kassierer gewählten Kollegen Wedel able eine Wahl des 2. Vorsitzenden vorgenommen werden. Die Wahl fiel auf den Kollegen Dummel. Verschiedene Beschwerden werden den Betriebsausschüssen zur Erledigung überwiesen.

Dessau. In der kürzlichsten Versammlung vom 11. November wählte Kollege Bertram Bericht von den Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit dem Magistrat. Unser Tarif ist zum 1. November gekündigt. Die vom Arbeiterausschuss und Verbandsvorstand ausgearbeiteten neuen Forderungen fanden einstimmige Zustimmung. Kollege Windberg gab den Marktbericht. Eine wichtige Arbeitsangelegenheit des Gutenspektors Wiedner beim Arbeiterausschuss, Veranlassung, beim Magistrat vorstellig zu werden.

Dresden. In einer Versammlung am 5. September hielten die hiesigen Arbeiter die Vorbereitung an den Rat, ihnen auf die zu wartende Reichstagswahl, einen Beitrag von 250 Mk. anzugeben. Der Rat erteilte diese Genehmigung und die Summe wurde am 12. September den hiesigen Arbeitern und Arbeiterinnen ausbezahlt. Ziele: „Gewerkschaft“, Nr. 10. Nachdem nun das Reich durch die Sozialisten wieder in die Regierungsvorgänge verwickelt worden, sagten die hiesigen Kollegen Dresdens endgültigen Entschluß darüber. Nach diesen erhalten verheiratete Beamte, Arbeiter und Arbeiter, sofern sie am 3. Dezember 1919 sechs Monate unterbrochen sei, der Stadt bezahlt waren, 1000 Mk., ledige über 21 Jahren 500 Mk., solche über 21 Jahre 700 Mk., verheiratete, ernte, Kaufleute und Arbeiter für jedes Kind bis zu 18 Jahren, so können eigenen Erwerb hat, 200 Mk. Diese Summe ist jetzt in

zwei gleichen Teilbeträgen, und zwar der erste sofort, der andere in der ersten Hälfte des Monats Dezember auszugeben. Für diejenigen Nichtbeamten, Arbeiter u. a., die am 3. September die Voraussetzung der sechsmonatigen Wechseltätigkeit noch nicht erfüllt, sollte die Hälfte der Reichstagswahlbeiträge in der ersten Hälfte des Januar 1920 gezahlt werden, sofern die in Frage kommenden Arbeiter zum am 31. Dezember 1919 sechs Monate in Wechseltätigkeit stehen. Das Stadtdirektoratkollegium nahm einen Antrag darüber an, nach welchem dieser Teil der Wechseltätigen, wenn er nach dem 3. März 1919, jedoch aber bis 3. September 1919 in Wechseltätigkeit getreten ist, für jeden vollen Monat der Wechseltätigkeit ein Drittel der Reichstagswahlbeiträge erhält. Die Summe soll ebenfalls in zwei gleichen Teilbeträgen wie oben ausbezahlt werden. Damit ist also die Stadt Dresden über den Wechseltätigen der hiesigen Volkstammer, diese wiederum über den Wechseltätigen der Nationalversammlung hinausgegangen und zwar zugunsten der Arbeiter. Die hiesigen Kollegen beklagten ferner, den Empfängern von Aufgehalt, Unterstützung, Aufschuß und Unterstützungen bezügen, sofern sie nicht im Reich, Staats oder Gemeindefiskus eine gleichartige einmalige Zulage bezögen, unter Umständen Anwendung der für die Beamten, Nichtbeamten, Arbeiter usw. geltenden Bestimmungen der Reichstagswahlbeiträge in folgender Höhe zu gewähren: 50 t. h. derjenigen Beträge, die den armen Beamten zugehen, wenn das Jahreseinkommen des Aufhebendes oder Unterhaltenden 3000 Mk. übersteigt; 75 Proz. der Beträge, wenn die Jahreseinkommen nicht mehr als 3000 Mk. beträgt. Außerdem erhielten die Arbeiterunterstützung durch den Wechseltätigen der Sozialisten eine Verdoppelung der Feuerungszulage, und zwar 300 Mk. statt wie bisher 150 Mk. pro Jahr. Obwohl die hiesige Volkstammer schon vor Wochen über die Reichstagswahlbeiträge Bescheid hat, haben die Staatsarbeiter, ausschließlich der Eisenbahnarbeiter, die erste Hälfte der Summe noch nicht erhalten. Den Beamten ist die erste Hälfte ebenfalls schon vor Wochen gezahlt worden. Den Arbeiter, der es am nächsten braucht, läßt man warten. Man ist sich einig, es nicht einzulassen, werden Arbeitergruppen die Zulage gewährt werden soll. Dem Vernehmen nach sollen alle die Arbeitergruppen, die nach einem Tarifvertrag entlohnt werden, der auch für die Solidarität vorant Arbeiter Geltung hat, von der Reichstagswahlbeiträge ausgeschlossen werden. (Weg und Landarbeiter) Deshalb aber brachten man u. G. die anderen Sozialarbeiter nicht auf eine solche Geduldprobe stellen. Um so weniger verstandlich ist dies, wenn man die unzureichende Löhne dieser Arbeiter betrachtet. Werden doch an die Arbeiter der hiesigen Gartenbauvereine nach dem Stande von 140 Mk., ja für ältere Arbeiter noch geringere gezahlt. Die Gärtnereigenen erhalten zwar monatlich noch Stundenlöhne von 100 Pf. Allerdings sind auch das Tariflöhne, und zwar sind sie vereinbart zwischen dem Verband der Gärtnereigenen und den Gärtnereigenen der Kreisbauernvereine Dresden. Die Verwaltung der hiesigen Gartenanlagen ist deshalb auch nicht zu bewegen, den Arbeitern die Löhne zu erhöhen, die werden unter Ortsverwaltung und den übrigen hiesigen Betrieben, und zwar schon seit Monaten, vereinbart worden sind. Weil nun diese hiesige Verwaltung sich darauf stützt, daß sie ja die Tariflöhne für das Gemeindefiskus bezahlt, will sie nun auch diese Arbeiter dem von uns mit dem Winterministerium vereinbarten Tarifvertrag unterstellen. Es ist wirklich ein großes Bedauern, daß die Arbeiter mit einer solchen unzureichenden Entlohnung abzufinden. Bedauerlich ist es, daß sich eine Erwählung noch auf einen solchen Tariflohn hüten kann. Leider sind aber die Arbeiter nicht ohne Schuld, weil sie den Wert der einheitlichen Organisation noch nicht erkannt haben.

Ohligsen. In der gut besetzten Versammlung am 7. November gab Kollege Siegle den Bericht vom Verbandstag. Weichen wurde, eine allgemeine Agitation zu veranstalten, um die fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. In Weichen soll eine Familienunterstützung mit einem Vortrag veranstaltet werden. Zum Schluß gab es noch eine Debatte über die unzureichenden Versicherungsleistungen. Kollege Schneider brachte zum Ausdruck, daß es trotz aller Entlohnungen nicht möglich ist, mit dem Tarifvertrag vereinbarten Lohn auszukommen. Es wurde dabei beschlossen, die Verbandsleitung zu beauftragen, sofort bei der Stadtverwaltung und der Gewerkschaft um eine tägliche Feuerungszulage von 6 Mk. nachzusuchen.

Arnsberg i. Br. In der kürzlichsten Mitgliederversammlung am 10. November 1919 gab Kollege Eberhard den Marktbericht. Es wurde dann herangezogen: Gründung einer Volkshochschule, Lebensmittelversorgung und Gründung einer Einwohnerversammlung. Genosse Schmidt hielt dann eine Ansprache, in der er die Kommunisten betonte, daß sich Arbeiter der Volkshochschule anschließen. Es fanden einige Aufnahmen statt. Nachdem nicht der Parteisekretär Dietz einen Vortrag über: „Die deutsche Revolution“. Bei der Wahl eines Ortsamtes erhielten die Kollegen Gähler 146, Schura 4 und Gutmann 2 Stimmen.

Mannheim. Zwischen unserem Verband und der Rheinland- und Westfälischen Arbeitervereine in ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der im allgemeinen die Bestimmungen enthält, die die „Angehörigen“ vorsehen. Die Bestimmungen wurden folgenden:

... geregelt: Gruppe 1: Handwerker, d. i. solche, die eine ...
 ... sind (Schiffbauer, Mechaniker, Maschinisten, Schiffs-
 ... mit Patent zur Führung von Dampfschiffen, Vaporfahrer
 ... Klasse 1 1,35 M., Klasse 2 1,20 M. Gruppe 2:
 ... mit Patent zur Führung von Segelschiffen, Schiffer,
 ... Kisten, Holzschlepper, Schleusen- und Brücken-
 ... in Mannheim, Klasse 1 1,25 M., Klasse 2 1,10 M.
 Gruppe 3: Alle übrigen Arbeiter, Klasse 1 1,20 M., Klasse
 2 1,05 M. In Klasse 1 gehören: Dammenerbezirk
 ... Dammenerbezirk 2. Ordnungsbereich von Neckargemünd abwärts
 ... Klasse 2: Hebriger Inspektionsbezirk Mannheim.

Diese Aufangelsätze erhoben sich in allen Klassen nach

Gruppe 1 um	8	4	5	7	8	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
II	3	3	3	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
III	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Der Aufangelsatz wird mit dem vollendeten 18. Lebensjahre
 ... werden Arbeiter mit einem höheren als dem 18. Lebens-
 ... eingestuft, so ist ihnen die Hälfte der diese Grenze über-
 ... Lebensjahre als Lohnersparnisse anzurechnen. Arbeiter
 ... Gruppe 2 erhalten für die Dauer der Verwendung zu Arbeiten
 ... Gruppe 1 den Lohn, der in Gruppe 1 gewährt wird.

Wiesbaden. In der Saline trat die Arbeiterschaft insgesamt
 ... den Streik. Die Ursache bildeten Lohnanträge, die lange
 ... nicht behandelt wurden. Am 8. August 1919 sollten
 ... den Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage.
 ... Generaldirektion versprach, in eine Prüfung der Sachlage ein-
 ... am aber in dem zweiten Schreiben zu einem ablehnen-
 ... Bescheid. Daraufhin wurde am 16. September 1919 der
 ... Ausschuss München zur Festlegung dieser Differenz an-
 ... für den 6. November war vor dem Schlichtungsausschuss
 ... Termin zur Verhandlung angesetzt. Mühsam haben die Ar-
 ... gemeinam durch die Teuerung, ihre Forderung auf 6 M.
 ... Tag erhobt. Da besann sich einmal auch die General-
 ... daß es besser sein könnte, mit der Arbeiterschaft und ihrer
 ... Organisation zu verhandeln. Sie schickte bot telefonisch Verhand-
 ... an, die am 6. November 1919 in Wiesbaden stattfinden
 ... sollten. Die Bahnverbre hinderte deren Aufbruch, wie auch
 ... der Termin vor dem Schlichtungsausschuss abgelehrt werden
 ... Daraufhin schickte unsere Gewerkschaft vor, allein (ohne die
 ... Arbeit) mit der Generaldirektion zu verhandeln. Das geschah
 ... konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Während die
 ... in Bad Meudenberg und Vertriebsstellen die Arbeiter-
 ... unterstützen, unterließ es der Generaldirektion, die Arbeiter-
 ... zu unterstützen; er unterließ es, trotz aller Anträge der Arbeiter, zu
 ... welche Zusicherungen die Generaldirektion gemacht hat. Er
 ... als überfordert gegenüber der Arbeiterschaft. Die Arbeit-
 ... von Wiesbaden war nun der Meinung, die Verhandlungen
 ... g. beizugehen und legten am 13. November, morgens 3 Uhr,
 ... die Arbeit nieder. Morgens 7 Uhr schlossen sich die Fort-
 ... in Mannheim, die zur Saline gehören, dem Streik an. Durch
 ... der zuständigen Verbände gelang es, daß die Arbeit
 ... Saline nach 12 Uhr und bei den Zerfahren in am andern
 ... wieder aufgenommen wurde. Die Verhandlungen, die
 ... Einigung der Schlichter des Streifes g. über wurden,
 ... wurden durchbrochen und mußten beenden. Als Ergebnis im
 ... 1. Alle Arbeiter erhalten ab 1. November 1919 eine täg-
 ... Lohnzulage von 4 M.; 2. für die Zeit vom
 ... bis 1. November 1919 wird eine Pauschalzulage nachbezahlt,
 ... für den Zeitraum 200 M., für 2. und 3. Arbeitsmonat
 ... für den Zeitraum unter 18 Jahren 100 M. Reparatur-
 ... erhalten, mit Ausnahme beim Neubau, 1 M. pro Tag
 ... Den Leistungen wird eine Zulage im Einzelnehmen mit
 ... beizugehen. Der Streik wird von der General-
 ... grundlegend nicht als Streik anerkannt, aber bezahlt.
 ... haben die Arbeiter als Gegenleistung vier Stunden ein-
 ... Die Verhandlung der Salinen- und Fort-
 ... nicht mehr diese Zusicherungen einbringen an.
 ... ist der Streik befehlen. Wenn auch die Arbeiter einen tat-
 ... haben können befehlen, indem sie ohne die gewerkschaftliche
 ... zu handeln, freierhand in den Streik traten, so kann und
 ... doch die Schuld nicht allein aufgeladen werden. Die
 ... ist nicht zu g. Auch der Schlichtungsausschuss
 ... langsam gearbeitet. Am meisten aber wurde im Streik
 ... geht, wo durch eine unerschöpfte Geheimniskammer
 ... Streik direkt propagiert wurde. Vielleicht lernt man aus diesem
 ... wie man es nicht machen soll.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Zusammenschluß der graphischen Verbände. Die Organisationen
 der Buchdrucker, Lithographen und Steindruckler, Buchbinder und
 Buch- und Steindruckerehilfsarbeiter haben sich zu einem Gra-
 phischen Bund zusammenschlossen zur gemeinsamen Ver-
 tretung und Wahrung beruflicher und gewerkschaftlicher Interessen
 und zu dem Zweck, die notwendigen Vorarbeiten zur Schaffung
 eines graphischen Industrieverbandes auszuführen. Als Voraus-
 setzungen zur Erreichung dieses Zieles werden anerkannt: a) der
 möglichst gleichzeitige innere Ausbau der beteiligten Organisationen;
 b) der möglichst reifste Zusammenschluß aller graphischen Arbeiter
 und Arbeiterinnen in ihren ausländischen Berufsorganisationen;
 c) die Durchführung möglichst gleichzeitiger Lohn- und Arbeitsver-
 handlungen. Als besondere Aufgabe bezeichnen die beteiligten Organi-
 sationen die Verhandlung über die Regelung der Arbeitervertre-
 tungen für wirtschaftliche und sozialpolitische Tätigkeitsgebiete, die
 einheitliche für mehrere oder alle der beteiligten Organisationen
 durchzuführen werden können. (Betriebs- und Betriebsräte,
 Anstaltsräte, Berufsgenossenschaften, Schlichter etc. usw.) Dar-
 mit ist der große Schritt zur Schaffung eines graphischen Industrie-
 verbands getan, der besser die Interessen seiner Mitglieder wird
 wahren können, als es bei der gegenwärtigen Zersplitterung in
 vier Verbände möglich ist.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband hielt vom 27. Oktober bis
 1. November 1919 seinen 17. Verbandstag in Bremen ab. Ende
 1918 zählte der Verband 20 199 Mitglieder, zur Zeit des Verband-
 tages 59 225. Das Vermögen belief sich Ende 1918 auf 786 213,82
 Mark. Nachdem der Verbandsvorstand die Delegation an den Ge-
 schichtsausschuss des Verbandsvorstandes erstattet und über die Inter-
 nationale der Tabakarbeiter berichtet hatte, wurde dem Antrag
 zugestimmt, den Sitz der letzteren nach Amsterdam zu verlegen. Die
 Beiträge wurden auf 0,50, 0,75 und 1 M. festgesetzt. In das
 Statut wurde mit aufgenommen die Erhebung des Räteinstimmens.
 Die Gehälter der Vorstandsmitglieder wurden folgendermaßen ge-
 regelt: Vorstandsmitglieder 5400 M. und der erste Vorsitzende
 außerdem 600 M. Aufwandsentschädigung, Gauleiter 6500 bis
 7700 M., Ortsbeamte und Hilfsarbeiter 6300 bis 6500 M. —
 Die Erhebungen werden für die bereits im Amt befindlichen vom
 1. Juni 1919 ab nachgeholt. Der bisherige Vorstand wurde wieder-
 gewählt.

Der Gewerkschaftsverband der Hotel- und Restaurantangestellten im
 Deutschland hielt vom 29. Oktober bis 1. November 1919 in
 Eisenach seine 18. Generalversammlung ab. Dieser Verband
 ist eine Landesorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes,
 der 1877 gegründet, insgesamt 11 600 Mitglieder zählt, davon etwa
 6000 in Deutschland. Der Internationale Verband hatz noch weitere
 Gruppen in Österreich, der Schweiz, Italien, Holland, Belgien,
 Frankreich, England, Kopenhagen und in den Vereinigten Staaten von
 Amerika. Sein Sitz war bisher in Dresden; vom 1. Januar 1920
 ab wird er nach Jena verlegt. Die deutsche Landesorganisation
 achtete bis Anfang dieses Jahres zu den sogenannten unabhängigen
 Vereinen, hat sich aber jetzt auf gewerkschaftlichen Boden gestellt und
 der Generalkommission angeschlossen. Der Verband der Gastwirt-
 schafter erhob gegen diesen Anschluß seinen Einspruch, nachdem der
 Gewerkschaftsverband zugestimmt hatte, baldmöglichst eine Einheitsorgani-
 sation aller Arbeitnehmer im Gastwirts-gewerbe herbeizuführen zu
 lassen. Ein Parteivortrag zwischen beiden Verbänden vom 15. April
 1919 regelte die Zusammenarbeit, die Verhandlung sozialpolitischer
 Aufgaben, die Führung von Lohnbewegungen und Streiks und die
 Arbeitsvermittlung. Eine Erklärung dieses Verhältnisses trat ein,
 als sich im Gewerkschaftsverband Reichswahlmännervereinigungen mit an-
 deren bäuerlichen Anstaltvereinen des Gastwirts-gewerbes ge-
 löst machten und immer offener wurde, daß dem Gewerkschafts-
 verbände die Schaffung einer engeren Organisation des beruflich ge-
 lösten Nationalis mehr am Herzen lag, als die Durchführung
 einer Einheitsorganisation. Der Vorstand des Verbandes der Gäs-
 twirtschaftlichen verlangte daher in einem Ultimatum bündige und
 klare schriftliche Erklärung bezüglich der Verdrängung zu einem Ein-
 heitsverband und stellte eine Kündigung des Kartellvertrages im
 Hinblick. Als weitere Folge dieser Differenzen hätte der Gewerkschafts-
 verbände zu entscheiden gehabt, ob der Gewerkschaftsverband noch als
 Mitglied des Bundes anzuerkennen sei. Die Generalversammlung
 beschloß sich denn auch mit der Verdrängung einverstanden. Der Verband
 hand im Paralle, sich mit dem etwa 8000 Mitglieder zählenden
 Deutschen Gastwirtsbund zu einem Berufsverband zu verdrängen.
 Auch der Austritt des Vereins der Kartellvereinen, der 400 Mit-
 glieder zählte, war bereits beabsichtigt. In weiterer Aussicht hand
 der Anschluß des etwa 10000 Mitglieder zählenden Verbandes der
 Gäs-ter. Mit der Schaffung eines Einheitsverbandes im
 Gastwirts-gewerbe wollte sich der Verbandstag zunächst nicht be-
 schäftigen. Genosse Umbreit als Vertreter des Vorstandes des
 Allgemeinen Gewerkschaftsbundes erhob Einspruch. Er erklärte,
 daß durch die Schaffung eines neuen Berufsverbandes unter Auf-
 lösung des bestehenden Gewerkschaftsverbandes die Zugehörigkeit zum

Eine organisierte Gemeinschaft ist stärker als die Summe ihrer
 Einzelkräfte; eine unorganisierte Menge ist trotz gemeinsamen Zweckes
 schwächer als alle Einzelkräfte zusammengenommen.

Gustav Rugenbofer.

Gewerkschaftsbund berührt werde, falls der neue Verband die Verpflichtungen, die der Genet. Verband gegen den Gastwirtschaftlichen Verband eingegangen sei, nicht übernehme. Das führte zur Ausführung der gesamten Organisationsfrage im Gastgewerbe. Nach eingehendem Referat des Genossen Strülingger (Vertreter des Gastwirtschaftlichen Verbandes) wurde beschlossen, im Jahre 1920 einen Aachener Kongress der Arbeitnehmerorganisationen des Gastgewerbes einzuberufen, der die Einheitsorganisation beschließen soll. Ein Propagandaausschuß, der von dem Verband der Gastwirtschaftlichen und dem Genet. Verband gebildet wird, soll die notwendigen Vorbereitungen treffen. Der Verbandstag beschloß dann die Verschmelzung mit dem Deutschen Hotelverband, dem Hotelbeamtenverein und dem Hotelportierverband. Die neue Organisation erhält den Namen: Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféschaffenden Deutschlands. Der Sitz wird nach Hannover verlegt. Das Einkommensziel wurde auf 1.000.000 M., der Wochenbeitrag auf 1.25 M. festgesetzt. Die Krankheitsversicherung beträgt 2 bis 4 M. pro Tag auf die Dauer von 12 Wochen, und für weitere 12 Wochen die Hälfte. Die Arbeits- und Gewerkschaftenversicherung wurde auf 4 M. und für jedes Kind auf 1.50 M. pro Tag festgesetzt. Die Unfallversicherung umfaßt den Betrag 70 bis 400 M. Zum Verbandsorgan wurde die „Internationale Hotelrevue“ bestimmt.

• Internationale Rundschau •

Die Internationale Arbeiterversammlung in Washington läßt aus wie das Genet. Referat. Nachdem schon die letzten Tagungen vor sich abgekauft sind, hat von der internationalen Arbeiterversammlung in Washington in Berlin die Mitteilung erg. daß die internationale Arbeiterversammlung bereits Ende November auszusenden sei und es demnach möglich ist, daß die deutsche Delegation nach Berlin. Diese war, wie vielen Arbeitervereinen, die sie wegen der Reichsregierung in London hatten, aber im Begriff sind in Ostern die (Schwierigkeit nach Amerika einzufliegen, als sie vor der deutschen Regierung am 17. November die Nachreise erhielt, die Konferenz ging am nächsten Tag schon auseinander. Die Delegierten haben bereits die Heimreise angetreten.

Der Wiederaufbau Frankreichs. Meine Herren, es gilt in Frankreich ein ungeheures wirtschaftliches Gebot, das sich von Tausenden bis Vorkriegs in einer Länge von ungefähr 100 Kilometern und einer Durchschnittstiefe von 10 Kilometern erstreckt. Von dieser Verwüstung sind zehn Departements, darunter die reichsten, schwer betroffen worden. Die verwüstete Zone umfaßt eine Fläche von 40.000 Quadratkilometern, 4 Millionen Hektar. Das sind die Auswirkungen des Abgesandten Kriegs Einwohner in der französischen Republik. Daran kann sich jeder eine Vorstellung machen, welcher Sachschaden anrichtet in an sich reichen und zersprengten Dörfern und Städten, zerstörten Verkehrswegen, zerstörten Kirchen und Häusern sowie an Verwundung der Industrie und der Naturwerte. Der Friedensvertrag legt Deutschland die materielle Pflicht auf, diesen Schaden wieder gut zu machen. Es heißt:

„Deutschland kann erheben, entweder mit eigener Mittel die Wiederherstellung und den Wiederaufbau einer der betroffenen Gegenden, sei es teilweise oder im ganzen auszuführen. ... Deutschland kann Arbeitskräfte, Werkstoffe und technische Leistungen zur Bewehrung bei solchen Arbeiten anbieten, auch wenn es die Mittel selbst nicht anfindet.“

Wie man auch zu diesem Friedensvertrag stehen mag, das Volk im neuen Deutschland wird sich bemühen müssen, auch in diesem Punkt den Vertrag nach besten Kräften zu erfüllen. Viel wichtiger als diese materielle Erfüllung ist die moralische, die Ehrenpflicht, den in beispiellosem Maße geübten Zwang der zerstörten Gebiete zu lösen. Man sollte wie möglich wieder Haus und Hof aufzurichten und ihnen die Heimat wieder wohnlich zu machen, den Boden wieder befruchten, damit Lebensmittel, Getreide, Obst, Gemüse, Holz und Vieh wieder gewonnen werden können, das ist die moralische Pflicht. Diese Worte der Völkervereinigung, und klammert darum, daß wir im Strömung des Friedensstandes werden die Wünsche nicht vergessen und die kämpferische Kraft der Arbeit wird den Hof landwirtschaftlich und die Völkervereinigung näher bringen. Soll es zur vollständigen Befriedigung kommen, so werden die Arbeiter der Zukunft nicht nur sein müssen. Solche freie Städte in diesem menschenleeren Lande werden, das ist die moralische Pflicht in jeder Hinsicht im Gegensatz zu den Völkervereinigung und Wirtschaften auszuführen, so werden die Völkervereinigung, unter denen die Arbeiter dort leben sollen, langsam einzuführen werden. Das heißt aber, daß es immer möglich ist, und immer näher bringen. Soll es zur vollständigen Befriedigung kommen, so werden die Arbeiter der Zukunft nicht nur sein müssen. Solche freie Städte in diesem menschenleeren Lande werden, das ist die moralische Pflicht in jeder Hinsicht im Gegensatz zu den Völkervereinigung und Wirtschaften auszuführen, so werden die Völkervereinigung, unter denen die Arbeiter dort leben sollen, langsam einzuführen werden. Das heißt aber, daß es immer möglich ist, und immer näher bringen.

Ihr die Einhaltung und Durchführung der vereinbarten moralischen, sozialen und materiellen Bedingungen garantiert erhält. Für die Durchführung seiner Ansprüche stehen ihm dann Hilfsmittel zur Verfügung. Auf diese Regierung besitzen die Arbeiter und Angehörige durch ihre Organisation und durch die Vertreter im Parlament den erforderlichen Einfluß. Das Studium und die Grundlage für das soziale und materielle Wohlbefinden der Wiederaufbauarbeiter ist, daß Deutschland die Arbeiter für eigenen Ausführung übernimmt. Für diese Form hat sich die Reichsregierung entschieden, und die französische Regierung in dem Grunde nach damit einverstanden. Die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau sind soweit gediehen, daß die Ergebnisse demnächst in einem schriftlichen Abkommen zusammengefaßt werden können. Dann werden auch die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Vertretern der deutschen Gewerkschaften beginnen können.

• Rundschau •

Wirtschaftsleute. Wir leben in schweren Zeiten, am eigenen Leibe spüren wir es. Und schweren Zeiten geben wir weiter entgegen, je härter man ist. Viele möchten deshalb heute an aller Welt sein vergewissen. Sie setzen keinen Fuß weg aus dem Wirtschaft und der Welt von heute, und darum glauben sie nicht mehr an die Zukunft.

In das weltliche Welt? Natürlich ist es, auf entwicklungsgeographischem Boden zu stehen. Die Gegenwart ist das eburne Gesetz alles Lebens, und damit wird, damit muß sich die Menschheit weiter entwickeln, wie sie sich bisher entwickelt hat. Schon man, unvollständige stellen hat die Erde, aber die Welt wie z. B. die Gegenwart, das ist anders als das Seine Verbindung können. Und doch werden sie nicht aufgeben. Nur unter Schmerzen wird Neues geboren, und was aus den Verbunden sein soll in dieser anbreitenden Zeit, das ist die Stunde, der Stunde an die Entwicklung der Welt, der Welt an die Menschheit. Wer den Glauben an die Menschheit hat, hat in trotz aller Macht der Gegenwart doch noch die Hoffnung.

Wirtschaft. Das ist das natürliche Lebensprinzip. Der Mensch strebt, jeder Tag der Entwicklung aber hat verlangt im organisierten Leben. Auch das Leben des Gemeinheitsgefühls wurde verbessert. Und so wird es trotz aller Herrlichkeit demnach der Entwicklung sein, der aus den Wesen des Geistes geklärt hervorgehen wird, wie er war. Der gewaltige Aufstieg des Gewerkschaftswesens ist ein nur zu deutliches Zeichen, daß demnach die Welt sich weiter bewegt. Die Völkervereinigung wird ihr Vornehmstes, die Liebe wird die Herzen zusammenzubringen zu einem Schicksal, Geboren wird eine neue Zeit. Weltweit wird der gewerkschaftlichen Einheit. Denn spürt sie in dem gährenden Geiste beglückt den Sonnenatem einer werdenden Völkervereinigung.

Kaltes Lebensmittelpreise. Die Statistik, die Landwirtschaft durchgehende Preissteigerung für ihre Erzeugnisse zu erhöhen Produktions anzuheben, ist verheerend. Sie wirkt wie eine Schraube ohne Ende, denn die Landwirtschaft, wenn sie für eine ihrer Produkte einen hohen Preis erzielt, wird sofort wieder mit anderen Anforderungen beauftragt. Das Anstehen, das jetzt für solche Lebensmittelpreise am meisten in Frage kommt, ist der Zucker. Zuckerrübenanbau und Zuckerrübenfabriken haben dabei nach einer Schwelgere. Viele Zuckerrüben haben die Wälder stehen, sie sind also zugleich Anbau. Nachdem die Preise für die Zuckerrüben ganz übermäßig in die Höhe getrieben wurden, haben sich nach Meinung der Großhändler, daß um solche handelt es sich, haben mit der Zuckerrübenanbau nicht mehr. Sie verlangen also jetzt für den Zuckerrüben 6 M., gegen vorher 100 M. Nur diesen höheren Preis liefern sie einfach zum Anbau mehr an die Fabriken abzuliefern, in sie haben an das Volk. Die Zuckerrüben, zum Teil selbst Anbau, sind mit diesen hohen Preisen der Zuckerrübenproduktion vollständig einsehend, wenn das eigene Produkt bei einer solchen Preissteigerung doppelt soviel kostet als sonst. Die Landwirte haben, falls die Regierung ihren Wünschen nicht entspricht, mit der Subvention, die jetzt mit 100 M. besteht. Dieser Anreiz soll sofort wieder gelassen werden, daß der Anbau und die Zuckerrübenproduktion teilweise ganz eingestellt werden sollen. Das kommt davon, daß die Regierung immer und immer wieder den hochpreisigen Anforderungen der Erzeuger nachkommen, anstatt, wenn die Arbeiter und die Wälder die Zuckerrüben vollständig bilden, die Erzeugung einfach in eigene Hände zu übernehmen, also zu organisieren. Das müßte natürlich gelinde, ohne daß, viele Unfälle bei einer solchen Entscheidung etwa nach ein ganz Wirtschaft machen. Wie haben also in der Frage der Versorgung mit Zucker der schwerwiegenden Anstehen. Der Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirtschaft hat nun den Entwurf einer Verordnung über

an Beschränkung mit Jüden beschlossen, in der folgende Preisänderungen vorgeschrieben werden: Der Preis des von den Hobzuckerfabriken zu liefernden Hobzuckers aus der Zuckerrübenenernte 1919 beträgt für Zuckerzentrals von 88 vom hundert Ausbeute 53 Mk. für 50 Millionen ohne Zuck ab Nordburg bei Lieferung bis zum 31. Dezember 1919. Der Preis für gemahlene Wechels beim Verkauf durch Verkaufsfabrikanten ist auf der Grundlage von 76,3 Mk. für 50 Millionen ohne Zuck ab Nordburg einschließlich der Verbandssteuer bei Lieferung bis zum 31. Dezember 1919 festzusetzen. Bei Lieferung nach diesem Termin erhöht sich der Preis um 1/10 eines jeden Monats um 0,55 Mk. — Diese Anreizpreise nehmen die Arbeiter zwar sehr gern, daß sie aber bei ihrer bekannten Unerschütterlichkeit damit noch nicht zufrieden sind, zeigt ihre neuerliche Demonstration an die Regierung. Der Reichsausschuß der deutschen Gewerkschaft verlangt jetzt in einer Eingabe an den Reichspräsidenten die Preisregelung durch freilegende Preisregulierungsprämiem für erhöhte Leistungen ergänzt werden. Die Preisregulierung soll ebenfalls bis zum nächsten Erntejahr abzuwachen. Bei Erfüllung ihrer Forderungen versprechen die „autonomen“ Arbeiter, die Regierung zu unterstützen, im Falle der Ablehnung verzichten sie auf jede Verantwortung für das Scheitern unserer Volksernährung und auf jede Verantwortung bei der Durchführung der jetzigen Maßnahmen. Wir hoffen, Minister Schwarz hat endlich wieder eine solche glatte Antwort, wie schon einmal im Sommer dieses Jahres.

Gemeinschaftlicher Kampf und Klassenkampf. Wer war Schuld am Ausbruch an der Taube. am Zusammenbruch des Krieges? Das ist die Frage, um derentwillen jetzt viel Tinte verfließt, viel Jugenarbeit verstreut wird. Eine Leute, die den Krieg nicht recht genau bekommen konnten, die ihn, wie Pastor Philipp oder Pastor Kraus, mit einem „Gott sei Dank!“ begrüßten, wollen es nunmehr, da es ihnen gelungen ist, ein stühendes Kulturland in einen Schutttrümmer zu verwandeln, daraus nicht gewesen sein. Und wie in früheren Zeiten, sind auch heute wieder die Juden ein dunkler Fleck, um als Abgeladener zu dienen. Gewiß hat es auch unter ihnen ein Anzeichen gegeben, die den Krieg als eine willkommenene Gelegenheit zum Vortreiben genutzt haben. Aber Millionen andere, die sich mit dem Benamen Christ schmücken, haben nicht weniger im Schmeicheln und Wuchern geleistet, und wenn man aus Land hinausdringt, wo doch Religion und Sittlichkeit zu Hause sein sollen, kann man feststellen, daß die Verherrlichung, die der Krieg in moralischer Hinsicht im Kaiserreich hervorgerufen hat, gar nicht erlösende sind. Schuld am Kriegsbeginn haben die Juden am allerwenigsten. Sie hatten ihre Finger nicht in der Zügelzucht der Diplomatie, und in den hohen Willkürerfahrungen war jüdischer Einfluß schon gar nicht zu finden. Es ist also eine vorsehrige Danksagung, wenn jüdische Arbeitgeber und verlängerte heute die Fokussier gern auf die Juden übertragen möchten. Neben dem Klassenkampf ist es der Klassenkampf, der das deutsche Land nicht zur Erholung kommen läßt. Als der 9. November vorüber war, haben Hunderttausende am Abend über das tausendjährige Reich der Geschicklichen glanzten, daß nunmehr die Macht des Kapitalismus gebrochen und das Ende aller sozialen und wirtschaftlichen Not baldig zu erwarten sei, und da sich die Maschinen in immer mehrbareren Formen verfahren, kam eine stille Wut in die Gemüter der Enttäuschten. Die Massen hatten gesehen, wie Tausende sich mühselig mehr oder weniger große Vermögen erwarbten, als mit einem Telephonapparat lebendige verdienen konnten, was wieder lähmend auf die Arbeiter lag. So griff ein Mad aus anderer, die Moralitrophe verbotshändige sich und neben einem Meer von Verzweiflung und Jammer erhob sich eine Welle von Mord, Brand, Entwürdigung, Geißel und Gewalt, die den neuen Gesellschaften unserer Kultur untergrub. Zwei Klassen haben sich unerbittlich und fremd gegenüber. Sie reden in fremden Sprachen gegenüber. Und der Arbeiter und Arbeiter sind von einem schmerzlichen Konsortium begeben und werden eigenmächtig, schüren sich in einem Ehrgefühl, der unsere Volkstum vollendet geworden, unsere Klassenverhältnisse untergraben in sich, wenn die Bewegung nicht bald eintritt. Au beiden Seiten! So wie der Finger hat der Arbeiter nicht auch die Klassenverhältnisse und Klassen, der das verarbeitete Bild, das ihm entgegenkamen, lauterer Wirklichkeit ist. Als der Arbeiter ein Knecht sein, Knechtschaft bezeugen, nicht ein zugewandter Arbeiter? Und woher die Klasse verhalten die Arbeiter? Woher ist die untere deutsche Arbeiterklasse? Wie ist es möglich, daß der Arbeiter und Arbeiter nicht mehr ist, und der Arbeiter? Es ist nicht mehr, als es nicht mehr ist, obwohl eine große Arbeitermacht nicht in der Welt ist. So wie lassen sich Tausende durch Streikende die Aus-

wand nach einer lohnenden Stelle. Die Arbeiter verkränken an ihr Geld, wird so oft gedankenlos hingelassen; auch dies trifft nicht zu. Die Arbeiter sind dieselben Menschen wie die Bürger. Sie unterscheiden sich in vielen Nuancen voneinander. Es gibt jaold und solche, wie der Berliner sagt. Die Arbeiterlichkeit hat alle Dinge seit dem 9. November viel verdorben und viel unterlassen. Das kommt auf das Konto des Krieges, und die heute schimpfen und harmen, mögen sich an die eigene Praxi schlagen. Sie haben einen stolzen, braven, geistlichen Arbeiterstand vorwurfsfrei u. aus dem feindlichen Blick geworfen. Wir haben es mit einer Arbeiterbewegung zu tun, für die wir bessere Mittel bedürftig, Verhöhnungen und Gewalttätigkeit tun es nicht. Die Arbeiter werden wiederum sollte der sozialistischen Erkenntnis folgen, einziehen, jeder Mensch allgemein das Produkt seiner Erziehung und Umwelts, daß Klassenkampf und Klassenkampf ist nicht sozialistisch. Unsre sozialistischen Nationalökonom haben immer betont, daß in keinen Anlaß hätten, den einzelnen Unternehmer und Kapitalist zu haßen, sofern er nicht das Maß dessen, was in heutiger Zeit und Recht gültig ist, überschreitet. Es gibt nicht menschliche und handelnde „Bourgeois“. Und es gibt Proletariate, die unbedeutend und sprunghaft ihre Klassenposition ausbeuten, wenn sie es können. Tolstoi saß in seiner Kreuzerstation, der sie gewordenen Anstalt in der schamlos verdrückt der Armen Klassenbewegung wir sein und als Mensch zum Menschen sprechen. Die Bürgerlichkeit muß begreifen lernen, daß bei jenen Zeiten, die in Schatten leben, der Drang nach der Sonne berechtigt ist und die Not, Elend, Hunger und Erntefürsorgen durchaus keine Dinge sind, die man betrugner muß. Raum für alle hat die Erde, und die für alle hat sie auch, es muß nur geschicklich verteilt werden. So Streben nach Verbesserung der Lebenslage ist ein Kulturtrieb, und wer Not, Elend und Verbrechen bekämpfen will, auch die Streben unterstützen. Der Arbeiter wiederum muß die geschichtlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und Auswirkungen kennen lernen, was erlernen lernen, daß ein so feines verästeltes kompliziertes Wirtschaftsleben sich nicht in Dandumbeben und Kompromiß läßt. Tägliche Exakte in das wunderliche organische Reichert schlagen zum allgemeinen eigenen Schaden aus. sorgsam Beobachten, allmähliches Beeinflussen der Entwicklung kann allem zum Ziele führen. Die soziale Ungleichheit, wie wir sie heute noch sehen, muß verschwinden und wird verschwinden. Daß dies erreicht werde auf dem Wege kulturlicher und wirtschaftlicher Entwicklung dafür zu wirken sei unsere Aufgabe.

Verstärkungsmaßnahmen durch Benzoldampf. Dr. Leubold berichtet im „Journal für Gasbeleuchtung“, daß sich in einem kleinen Bienenstock ein Unglücksfall zutrug, bei dem der Betriebsleiter in ein Arbeiter durch Einatmen von Benzoldämpfen zu Tode kam. Das Benzol, das für den Antrieb eines Elektromotors gebraucht wurde, hatte 3 Meter tief in der Erde seinen Aufbewahrungsraum. Die Umfüllung in Lagerungsfässer und Daneebenläufen entzündete Benzoldämpfe, die von den Berührungspunkten entzündet wurden in ihren Tod verursachten. Nach Dr. Köhler ist Benzol in jeder Art der Aufnahme in den Körper ein Gift für den Menschen. Besondere gefährlich sind warme Benzoldämpfe, die nach Einatmung im vollständig vom Körper aufgenommen werden. Dieses tritt im Sommer wärmeren Jahreszeit und in warmen Räumen am unangenehmsten in Erscheinung; hierbei weniger Züge eingeatmet, als diese Benzoldämpfe sofort in die Blutbahnen über, wodurch die Verflüssigungserscheinungen auftreten. Auch bei der technischen Verwendung von Benzol in der Lad- und Karbenindustrie, in Landwirtschaft und Gewerbe, sogar mit Spiritus gemischt, ist die Schädlichkeit festgestellt. So u. a. bei der Silikatfaser. In Goshorten neuerdings bekanntlich die sogenannte Entzündung des Möhlengartens, durch welche die schweren Mohnwasserstoffe mit hochintensiver Toxizität auszuweichen werden. Hierbei ist es von besonderer Wichtigkeit, daß die Destillationsapparate und Hülsen, wie die Vorratsbehälter vollständig dicht gegen Entströmung von Benzoldämpfen gehalten werden müssen. Gefässe und Behälter von Benzol werden am richtigen im Freien, statt in Keller in Gegenwart inoffizieller, trotzdem unter der Erde in Grundtiefe zu verbergen.

Praktische Räte für Kleinbedienungen. Einige beachtenswerte praktische Räte für Kleinbedienungen kann man einer Abhandlung von H. Wiering, Berlin-Grunewald, in dem Heft „Zusatz zur Berufschrift. Die „Vorstufung“ einzeichnen. (Schriftführer (Bayerischer Reichs-Verkehr u. K.).) Der Aufsatz behandelt die Aufgaben der Bedienung in dem Falle Tarifgeborenen a. Dieser ist ein Sammelwerk. Es ist dort eine große Mohnplatte mit einer Bezeichnung von über 2000 Mann und Dausende von Besonderebediensteten zu einer Liste. Die Verhältnisse haben sich da aus sich heraus bewegt, es bedarf eines besonderen Anstoßes, eine solche Aufklärung zu erhalten, und es ist sehr wichtig zu verstehen, was die Wege sind, die dabei gehen und. Besonderes ist in der Hinsicht zu tun, daß die Bedienung der Dampfschiffe aus dem ersten niedrigen der Arbeiterbewegung heraus zu tun haben. Ein Ziel hat hier auch hier die Bedienung, wie anderen die Sozialdemokraten „modern“. In der Hinsicht in man zum guten Arbeitnehmern nicht in der Welt ist; es nicht werden. Die Partei der Arbeiter hat es zu

Absicht des vorigen Jahrhunderts durchweg Eisenadwert und 14 Zentimeter Manneswert. Ziel ist die Vermeidung eines 60 zu 100 Jahre bei einer Lebenshaltung auf 5-100 Jahre. Vermehrung ist aber weiter aus, daß zu jedem Jahre ein 60- bis 100-jähriges Leben gehört und außerdem in der Zukunft jeweils 2 Porzen eines oder beider Geschlechter. Die der gesamte Jahresbedarf an Getreide, Kartoffeln, Getreide und Obst wird selbst gedeckt, und es soll keine so sehr großen und teuren Importe geben wie hier. Das Kalenderjahr erinnert in dieser Beziehung fast an Japan. Ein anderes wichtige Ideal ist aber auch, daß für jedes Jahr zwei Wochenstunden bedient in Leipzig tag. Darüber hinaus sich einbinden über den Nord- und Ostsee und während, daß dieser Umfang bei der Annahme von Zedlungen umbedingt beachtet werden muß. Es gibt doch Waren, die er, darüber hinaus, in der Zukunft, die sich nicht im Jahre von 1900 oder der von 1900 annehmen gen Mittel und, und bezüglich ältere Leute, deren erwachsene Kinder an der Seite sind, und die in der Zukunft haben müssen, die Schneiderinnen, Putzfrauen oder Wäscherinnen und dergleichen sind. In der Zeit aller die er in Leipzig. Wo aber, nach der modernen Zedlung, über in gewöhnlicher Weise? Reines Wissen in arbeitsfähiger Weise in Leipzig. Wenn wir aber aus dem vom Arbeiter geleisteten P. 100. Man kann mit einander: Was ist ein Geschäft im, wenn doch noch eine fremde Sprache, erweicht? Wenn eine sehr berechtigte Frage. Und dann, noch ist eine jede zweite Wohnung vermietet und kein Arbeiter wird hier eine zweite Wohnung wieder vorzuleben. Wir leben daher diesem Umfang und Maßstab, indem bei der Planung neuer Wohnungen. Gewiß werden diese aus der Verfügung der Handlung geistlichen Lehren sein, und diese Möglichkeiten handhaben können aber andererseits ist es aber von großen Werte für die Zeit in, so großen Umfang im Ganzen, schließlich Schaffung von Arbeitsplätzen, welche schließlich in die Zeit, aus dem Leben auf das sorgfältigste zu studieren und zu beachten.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Die Betriebsräte. Russische Erfahrungen und deutsche Erfahrungen Eine Auseinandersetzung von Nationalrat Hans Popel. 30 Seiten. Verlag Köhler Verlagshaus und Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg.

Der 9. November. Gedenkblätter zu seiner Geschichte. Von Friedrich Zimmer. Preis 1 Mk. Sturmdruck der Revolution. Von Adolf Braun. Preis 1 Mk. Die neue Reichsverfassung, ihre Entstehung und ihr Aufbau. Von Dr. Max Cauer. Preis 1 Mk. Die Entstehung des Volkswirtschafts. Von Mich. Zsigli Benard. Preis 1,50 Mk. Die Entstehung der deutsch-völkischen Bewegung. Mit einem Vorwort von Philipp Zweidemann. Herausgegeben von Dr. Ernst Hirsch. Preis 1,50 Mk. Die Volksschule als Einheitschule. Von Dr. Max Apel. Preis 1 Mk. Die Volksschule im neuen Deutschland. Von Dr. Max Apel. Preis 1,50 Mk. Verlag Vervandlung Vorwärts-Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

„Der Geist der neuen Reichsverfassung“ von Dr. Max Cauer (13. Band der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek) Preis kart. 3 Mk., geb. 4,50 Mk. 1919. Berlin SW. 68, Verlag für Sozialwissenschaft.

Lebt uns in Kommune leben! Von M. Zsumatochin. Mit einem Vorwort von H. Karpinski, aus dem Russischen übertr. von H. P. A. (Kommunistenbibliothek Nr. 7) Verlag Gleichheit und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 19, Wilhelmstr. 9. Preis 1.- Mk.

Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen? Von Julian V. G. Verlag Gleichheit und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 19, Wilhelmstr. 9. Preis 1,30 Mk.

„Der Arbeitsnachweis in Deutschland.“ Diese bereits seit 1907 als Monatschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise Berlins und seit 1913 in neuer Form zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift wird seit 1. Oktober durch den Direktor des Verbandes deutscher und des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise, Herrn Dr. Teimeyer, und den Referenten des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, Herrn A. v. Winterfeld, herausgegeben. Dem „Arbeitsnachweis“ beiliegend ist eine Monatsbeilage „Beratung“, herausgegeben vom Landesgewerbetar Beirater und Präsidenten Dr. Kadomski. Der jährliche Verkaufspreis beträgt 24 Mk. (für Mitglieder des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise 20 Mk., bei Bezug von mindestens 30 Exemplaren je 15 Mk.). Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen oder die Geschäftsstelle Berlin W. 8, Mauerstraße 134, entgegen.

„Arbeiter Jugend“. Nr. 23 hat u. a. folgenden Inhalt: Die Zucht der linienförmigen Jugend. — Wie schaff das Gewerbe für den Arbeiter. Von Theodor Thomas. — Arbeit und Gleichheit. Von Max Feilbut. — Eine Arbeiter: Weisige Kultur der Zeitschriften (Mit Abbildungen). Die alten deutschen Weltbeweiser. Von Dr. Sommer. Die Ausstattung der Arbeiter.

„Die Gleichheit“. Nr. 10 hat u. a. folgenden Inhalt: „Die Welt außerhalb des Reiches. Von Max Feilbut. — Hugo Haase + — „Die

die Weltrevolution vollzieht. — Gelbete Zeit, du schreib wieder. Gedichte von H. Zischel. — Verbehalten der Arbeiterrechte. Von Georg Wassenstein u. a.

Die „Rote Welt“. Nr. 27 bringt Bilder von der Einschüchterung Hugo Haase und den Revolutionärsgruppen in Berlin am 7. und 9. November. Ferner die noch sehr unvollständigen Erinnerungen Trotski zu seine Gefangnisse in Kiewer Gefangnisse. In ihnen lernen wir Trotski als einen geschickten, klugen, entschlossenen Mann. Die Darstellung des Romans und des „Gedächtnis“ „Rotes Kiew“, die Geschichte aus Haases Gefangnisse sind. Die „Rote Welt“ erscheint wöchentlich. Geprägt 25 Pf., vier monatlich mit der Zeit ohne Aufschlag 3 Mk., bei diesem Bezug vom Verlag unter Vorbehalt 3,50 Mk.

Kommun. Sammelheft für Ratzeburg. Jahrgang 1919. S. 9. 10. Mit 12 Beilagen. Preis 12 Mk. und 1 Beilagen. Preis 1,50 Mk. „Licht und Wärme“. Gesellschaft der Arbeiter. Verlagsstelle: Friedrichstraße 78, 1. Stock.

Filiale Nützlinge

Ortsbeamten.

Bemerkung: Die drei in der Liste angegebenen Organisationen, in welchen die Ortsbeamten arbeiten, sind für die Ortsbeamten der Gewerkschaften bestimmt. Die Ortsbeamten sind für die Ortsbeamten der Gewerkschaften bestimmt.

Leitende des Verbandes.

- | | |
|--|---|
| <p>Josef Fußem, Köln-Sulz
Verbandsleiter
+ 5. 11. 1919, 78 Jahre alt.</p> <p>Friedrich Partelsmeier, Eilen
Verbandsleiter
+ 5. 11. 1919, 67 Jahre alt.</p> <p>Herm. Ed. Baum, Meerane
Verbandsleiter
+ 7. 11. 1919, 69 Jahre alt.</p> <p>Johann Rohlin, Rottich
Verbandsleiter
+ 7. 11. 1919, 49 Jahre alt.</p> <p>Fritz Budha d. Ältere, Essen-Ruhr
Verbandsleiter
+ 15. 11. 1919, 16 Jahre alt.</p> <p>Albert Curcio, Marzahn
Verbandsleiter
+ 9. 11. 1919, 27 Jahre alt.</p> <p>Karl Bulic, Osdorf
Verbandsleiter</p> <p>Gustav Conde, Friedr. shagen
Verbandsleiter
+ 16. 11. 1919, 69 Jahre alt.</p> <p>Hugo Dehmel, Breslau
Verbandsleiter
+ 13. 11. 1919, 71 Jahre alt.</p> <p>Emil Dummer, Berlin
Verbandsleiter
+ 19. 11. 1919, 16 Jahre alt.</p> <p>Wilhelm Frank, Rachen
Verbandsleiter
+ 6. 11. 1919, 27 Jahre alt.</p> <p>Kari Goslar, Pordenau
Verbandsleiter
+ 10. 11. 1919, 16 Jahre alt.</p> <p>Heinrich Fels, Mannhelm
Verbandsleiter
+ 9. 11. 1919, 39 Jahre alt.</p> <p>Ruguit Hennig, Berlin
Verbandsleiter
+ 19. 11. 1919, 16 Jahre alt.</p> <p>Annie Hude, Rottich
Verbandsleiter
+ 16. 11. 1919, 69 Jahre alt.</p> <p>Otto Kirchner, Erfurt
Verbandsleiter
+ 12. 11. 1919, 14 Jahre alt.</p> <p>Friedrich Kraft, Wandersiek
Verbandsleiter
+ 12. 11. 1919, 75 Jahre alt.</p> <p>Peter Lichtenwald, Schweinfurt
Verbandsleiter
+ 21. 11. 1919, 61 Jahre alt.</p> <p>Rudolf Lück, Cindenberg
Verbandsleiter
+ 21. 11. 1919, 62 Jahre alt.</p> | <p>Wilhelm Eddemann, Hamburg
Verbandsleiter
+ 11. 11. 1919, 51 Jahre alt.</p> <p>Johann Luffick, Rotten
Verbandsleiter
+ 8. 11. 1919, 59 Jahre alt.</p> <p>Josef Coib, Niederaltich
Verbandsleiter
+ 7. 11. 1919, 62 Jahre alt.</p> <p>Berta Heidel, Brestau
Verbandsleiter
+ 10. 11. 1919, 28 Jahre alt.</p> <p>Johann Meier, Chyminetz
Verbandsleiter
+ 6. 11. 1919, 59 Jahre alt.</p> <p>Rudolf Meisch, Dresden
Verbandsleiter
+ 4. 11. 1919, 27 Jahre alt.</p> <p>Hans Müller, Hamburg
Verbandsleiter
+ 2. 11. 1919, 27 Jahre alt.</p> <p>Frau Müller, Lu. S. Sura
Verbandsleiter
+ 1. 11. 1919, 17 Jahre alt.</p> <p>Clemens Richter, Dresden
Verbandsleiter
+ 14. 11. 1919, 59 Jahre alt.</p> <p>Edmund Schön, Dresden
Verbandsleiter
+ 18. 11. 1919, 19 Jahre alt.</p> <p>Karl Shönebaum, Braunschweig
Verbandsleiter
+ 7. 11. 1919, 39 Jahre alt.</p> <p>Feinrich Seiditz, Berlin
Verbandsleiter
+ 2. 11. 1919, 74 Jahre alt.</p> <p>Albert Simon, Berlin
Verbandsleiter
+ 13. 11. 1919, 33 Jahre alt.</p> <p>Martha Streich, Berlin
Verbandsleiter
+ 13. 11. 1919, 31 Jahre alt.</p> <p>Vinzent Wapniarz, Chate i. Carz
Verbandsleiter
+ 15. 11. 1919, 54 Jahre alt.</p> <p>Wilhelm Zeiling, Eisleben
Verbandsleiter
+ 2. 11. 1919, 67 Jahre alt.</p> <p>Paul Zimmer, Berlin
Verbandsleiter
+ 4. 11. 1919, 39 Jahre alt.</p> <p>Alto Runge, Altona
am 5. Juni 1917 im Alter von 33 Jahren gestorben.</p> |
|--|---|

Chre ihrem Andenken